



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 2,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 1,25 Mark, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 11. bis 17. Januar 1920  
ist die Beitragsmarke in das mit 3 bezeich-  
nete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Kapital und Kapitalbekämpfung.

Zweifellos besteht in weiten Kreisen der volks-  
wirtschaftlich unaufgeklärten Arbeiterschaft eine  
starke Abneigung, um nicht zu sagen, ein aus-  
gesprochenes Haß gegen das Kapital und den  
Kapitalismus. Das Proletariat hat seit vielen  
Jahrzehnten instinktiv gefühlt, daß es durch das  
Kapital ausgebeutet und durch den Kapitalismus  
in seiner Entwicklung auf's schwerste gehindert  
werde. Es sah in den Kapitalisten die Träger des  
kapitalistischen Systems der Volksausbeutung, und  
da es noch nicht gelernt hatte, zwischen Kapital als  
Produktionsmittel und als Ausbeutungsmittel  
scharf zu unterscheiden, richtete es seinen Kampf  
gegen das Kapital schlechtbin, anstatt gegen das  
kapitalistische Ausbeutungssystem. Allerdings be-  
mühten sich die proletarischen Führer in Wort und  
Schrift unablässig, auf diesem Gebiete Aufklärung  
zu schaffen, womit sie auch in den Reihen der  
organisierten und in der Organisation geschulten  
Arbeiter und Arbeiterinnen beachtenswerte Er-  
folge erzielt haben; leider war es ihnen aber durch  
die Verhältnisse unmöglich gemacht, so zu wirken,  
wie es wohl wünschenswert gewesen wäre. Dar-  
aus erklärt es sich, daß der von ihnen vertretene  
Standpunkt: „Wir bekämpfen nicht das  
Kapital an sich und nicht die Kapi-  
talisten als Personen, sondern wir  
bekämpfen lediglich den Kapitalismus  
als System und als Wirtschaftsform!“  
noch immer nicht in den Bewußtseis der großen,  
bisher unorganisierten Massen übergegangen ist.  
So kommt es denn, daß noch Millionen Proletarier  
aus rein gefühlsmäßigen Trieben heraus und unter  
Beiseiteziehung sachlicher Erwägungen den Weg  
zu ihrer Befreiung in der Vernichtung des Kapitalis-  
mus sehen. Wie die englischen Arbeiter bei Beginn der  
kapitalistischen Produktionsweise die Fabriken in  
Brand steckten, die Maschinen zerstörten und die  
Rohmaterialien vernichteten, so spukt auch noch  
heute in zahlreichen Köpfen der Irrewahn, man  
könne durch Zerstörung und Vernichtung der Pro-  
duktionsmittel oder auf dem Wege der Sabotage  
das Proletariat befreien und dem Sozialismus zum  
Siege verhelfen.

Offenbar bedeuten dieser Glaube und eine der-  
artige Taktik einen Rückfall in längst überwundene  
Methoden, und man muß sich wundern, daß es heute  
noch Leute gibt, die sich Führer nennen und für  
einen beratigen Wahnsinn Propaganda machen.  
Man weiß wirklich nicht, wenn man manche Reden  
hört und manche Flugblätter liest, ob man sich mehr  
wundern soll über die Unwissenheit oder die Ver-  
antwortungslosigkeit dieser Leute, die in den ab-  
getretenen Wunderschanden des Kommunismus her-  
umlaufen und dabei in dem Wahn leben, daß sie  
funkelgelbe Weisheiten verkünden. Die da den  
Grundlag predigen: „Es muß alles verunreinigt  
werden!“, trotzdem auch sie eigentlich wissen müßten,  
daß der Sozialismus kein Zerfallen alter Werte,  
sondern ein Schaffen neuer Werte ist. Nur diese  
großen Kirchenlichter hat Karl Marx umsonst  
geleht, an ihnen ist die jahrzehntelange Auf-  
klärungs- und Erziehungsarbeit der Arbeiterorgani-

isationen spurlos vorübergegangen, sie trübten im  
Zeitalter der siegreichen Revolution mit Gedanken,  
die sich halbwegs geschulte Proletarier seit Jahr-  
zehnten an den Schuhsohlen abgelaufen haben. Zu  
bedauern ist nur, daß sie mit ihrer kümmerlichen  
Wissenschaft bei rückständigen Proletariern Anklang  
finden und dadurch Zustände schaffen, die unser  
Wirtschaftsleben auf die Dauer zugrunde richten  
und Deutschland in den Abgrund stürzen müssen.  
Daß diese Ruinierer und ihre Nachläufer in stande  
sein werden, unser Volk und Land wieder aus  
diesem Abgrund herauszubringen, glauben sie wohl  
selbst nicht.

Bekanntlich unterscheidet Marx zwischen dem  
Kapital im Produktionsprozeß und dem Kapital  
im Verwertungsprozeß. Im Gebrauchsgegenstände  
herzustellen, sind Produktionsmittel nötig: Werk-  
stätten, Fabriken, Werkzeuge, Maschinen, Rohstoffe,  
Hilfsstoffe, Transportmittel usw. Diese Pro-  
duktionsmittel, die selbstverständlich in jeder Wirt-  
schaftsweise unentbehrlich sind, werden in der  
kapitalistischen Wirtschaftsweise zugleich zu Aus-  
beutungsmitteln. Der Kapitalist als Geldbesitzer  
kauft nämlich diese Produktionsmittel, da er sie  
aber selbst nicht verwerten kann, weil er nicht die  
dazu erforderliche Arbeitskraft besitzt, kauft er auf  
dem Arbeitsmarkte die entsprechenden Arbeitskräfte  
und steckt sie in die Produktionsmittel hinein. Er  
läßt die Arbeiter und Arbeiterinnen mit Hilfe  
seiner Produktionsmittel arbeiten und neue Waren  
herstellen, die einen größeren Wert haben, als die  
Summe der in den Produktionsmitteln und der  
Arbeitskraft stehenden Werte. Dieser größere Wert,  
der sogenannte Mehrwert, der durch die Ausübung  
der Arbeitskraft entsteht, fließt in die Tasche des  
Kapitalisten, er wird zu Kapital, und erzeugt  
immer wieder neues Kapital, das der Kapitalist  
anhäuft und zu immer neuer Ausbeutung ver-  
wendet. Der Arbeiter wird also nicht  
ausgebeutet durch die Produktions-  
mittel — die sind wirklich unschuldig daran —,  
sondern lediglich durch die kapita-  
listisch — ausbeuterische Anwendung  
der Produktionsmittel. Er handelt ganz  
verkehrt, wenn er seine Wut gegen die Produktions-  
mittel als solche richtet und sie beschädigt oder zer-  
stört; was er bekämpfen muß, ist die ausbeuterische  
Anwendung der Produktionsmittel, also das kapita-  
listische System.

Ein denkender, sozialistisch geschulter Arbeiter  
weiß das, und er sucht den Sozialismus dadurch zu  
verwirklichen, daß er die Produktionsmittel auf dem  
Wege der Sozialisierung aus dem Besitz der Kapi-  
talisten in den Besitz der Allgemeinheit, der Gesell-  
schaft, überführen will. Wenn dies geschehen ist —  
und es wird über kurz oder lang geschehen —, ver-  
lieren die Produktionsmittel ihren Charakter als  
Ausbeutungsmittel und treten in den Dienst der  
Gesellschaft. Sie sind dann nicht mehr Kapital im  
ausbeuterischen Sinne, sondern nur noch im be-  
triebstechnischen Sinne. Bis dahin aber hat es  
wirklich keinen Sinn und Zweck, den Arbeiter über  
die Ausbeutung an den unschuldigen Produktions-  
mitteln anzulassen und dadurch unser Wirtschafts-  
leben, dessen Gedeihen und Wiederaufblühen auch  
im Interesse der Arbeiter liegt, auf's schwerste zu  
schädigen. Wer den gegenteiligen Standpunkt pro-  
pagiert und die Proletarier zu einer Schädigung  
der Produktionsmittel und damit auch zu einer  
Schädigung der Produktion aufreizt, der ist  
nicht nur ein dummes Tier, der nichts  
von Volkswirtschaft und Marxismus

versteht, er ist auch ein Schädling an  
dem Wohle des deutschen Volkes und  
der deutschen Arbeiterklasse. F. L.

## Von der Zentralarbeitsgemeinschaft.

Die konstituierende Sitzung des Zentralaus-  
schusses der Zentralarbeitsgemeinschaft der in-  
dustriellen und gewerblichen Arbeitgeber und  
Arbeitnehmer Deutschlands fand am 12. Dezember  
1919 in Berlin im Plenarsaal des ehemaligen  
Herrenhauses statt. Es waren Vertreter aus allen  
Gruppen der deutschen Industrie anwesend. Von  
den geladenen Gästen waren außerdem erschienen:  
Mitglieder der Reichsregierung, besonders des  
Reichswirtschaftsministeriums, sowie zahlreiche Mit-  
glieder der einzelnen Landesregierungen, außerdem  
waren anwesend eine Reihe von Mitgliedern des  
Wirtschaftsrats beim Reichswirtschaftsministerium.

Die unendlich schwierigen Vorarbeiten, die der  
endgültigen Konstituierung der Zentralarbeits-  
gemeinschaft für Industrie und Gewerbe entgegen-  
standen, waren im Herbst 1919 endlich soweit be-  
glichen, daß der Termin für die hierfür notwendige  
Verhandlung festgesetzt werden konnte. Wenn die  
Verhandlung trotzdem erst am 12. Dezember statt-  
fand, so liegt das zum größten Teil an äußeren  
Umständen, die mit der Sache selbst nichts zu tun  
haben. Schon allein die im November angeordnete  
Verkehrssperre auf der Eisenbahn verzögerte die  
Erledigung der ganzen Angelegenheit um vier  
Wochen. Diesem Umstand und des weiteren der  
Tatsache, daß in weiten Unternehmerkreisen wie  
auch Arbeiterkreisen zunächst noch wenig Kenntnis  
für die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft vor-  
handen war, schrieb es der Arbeitgebervorsitzende,  
Herr v. Borsig, in seiner Einleitung zu, daß sich  
die endgültige Konstituierung der Zentralarbeits-  
gemeinschaft so sehr verzögert hat. Nebenher schilberte  
weiter die volkswirtschaftliche Bedeutung der  
Arbeitsgemeinschaft und schloß seine Ausführungen,  
indem er der Erwartung Ausdruck gab, daß die  
Arbeitsgemeinschaft die Kraft und den Einfluß  
gewinnen möge, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Nunmehr erhielt der Arbeitnehmervorsitzende,  
Legien, das Wort zu seinem Referat über Ent-  
stehung und bisherige Tätigkeit der Arbeitsgemein-  
schaft. Legien schilberte im einzelnen die ersten  
Verhandlungen, die zu der bekannten Vereinbarung  
vom 15. November und 4. Dezember führten. Nebenher  
erklärte, die Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft  
sei nichts anderes, als die konsequente Fortführung  
der Tarifpolitik, die von den Gewerkschaften seit  
Anfang dieses Jahrhunderts betrieben ist. Die  
Arbeitsgemeinschaft ist nicht erst nach dem Zu-  
sammenbruch Deutschlands entstanden, sondern schon  
vorher abgeschlossen. Mit der Errichtung der  
Arbeitsgemeinschaft wurde neben anderem auch der  
Zweck verfolgt, der Gefahr vorzubeugen, die drohte,  
wenn nach der Demobilisierung die Arbeitermassen  
in das Erwerbsleben zurückkehrten. In den Arbeit-  
geberkreisen mußte erst die Erkenntnis sich durch-  
ringen, daß ohne Mitwirkung der Arbeiterorgani-  
sationen an einem Wiederaufbau unserer Wirtschaft  
nicht zu denken war, ehe dieselben geneigt waren,  
den Verlangen der Arbeiter auf den verschiedensten  
Gebieten stattzugeben.

Das zufällige Zusammentreffen des Abschlusses  
der Abmachungen mit den Ereignissen des November  
1918 hat großes Vertrauen in den Kreisen der  
Arbeiter hervorgerufen.

Bei allen Behörden, besonders bei denen, die wesentlich für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft in Frage kommen, hat die Arbeitsgemeinschaft durch- aus Verständnis und Entgegenkommen gefunden.

Zu allen Vorarbeiten der Gesetzgebung, welche sich auf die Regelung wirtschaftlicher und sozialer Fragen bezogen, ist die Arbeitsgemeinschaft zur Mitarbeit herangezogen und hat auch eifrig mitgearbeitet.

Nebner geht auch auf die Schaffung einer selbstständigen Zentralarbeitsgemeinschaft für das Transportgewerbe ein und spricht sein Bedauern über diese Gründung aus. Die Einheitslichkeit sei damit gestört, ohne daß deshalb die Möglichkeit geschaffen, die notwendigen Arbeiten besser leisten zu können. Im Gegenteil, die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, werden durch die Abtrennung nur noch größer.

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft habe gegen die Splittierung protestiert und es sei zu hoffen, daß die neue Gründung noch rückgängig gemacht werde. Ein stichhaltiger Grund für die Neuerrichtung der Zentralarbeitsgemeinschaft für das Transportgewerbe bestehe nicht. Die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften sei so umfangreich und schwierig, daß es nur unter Zusammenfassung aller Kräfte zur einheitlichen Organisation möglich ist, ihrer Herr zu werden.

Nach Regien sprach Direktor Hans Kraemer über die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft in Gegenwart und Zukunft. Nebner ging einleitend auf die Schwierigkeiten ein, die dem Wiederaufbau unseres ganzen Wirtschaftslebens entgegenstehen. Als das wichtigste bezeichnete er die Notwendigkeit, die Kohlenförderung zu heben, da ohne Kohle ein Wiederinstandsetzen der Industrie, des Lebensnervs des deutschen Wirtschaftslebens, nicht möglich, auch wenn alle anderen Vorbedingungen erfüllt seien. Nebner bezeichnete es als äußerst rätselhaft, daß die Eisenbahnverwaltung, die zurzeit nur etwa 38 Proz. der Friedensleistung vollbringt, trotzdem über 90 Proz. des Kohlenverbrauchs in Friedenszeiten beansprucht. Wie das möglich und worauf dieser Uebelstand zurückzuführen, sei trotz aller Mühe bisher noch nicht geklärt. Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft habe, um die Möglichkeit einer stärkeren Heranziehung von Arbeitskräften für die Kohlenförderung zu verwirklichen, den Gedanken eines Mitgliedbes des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft weiter verfolgt, wonach durch den Bau von Bergmannshäusern nach bestimmtem Plan dem Kohlenbergbau etwa 150 000 Arbeiter neu zugeführt werden. Wenn dieser Plan gelingt, werde es möglich sein, jährlich mindestens 30 Millionen Tonnen Kohle mehr zu fördern. Damit sei dann der Bedarf an das gesamte deutsche Erwerbsleben soweit gedeckt, daß die Kohlenfrage keinerlei Schwierigkeiten mehr bereite. Nebner ging weiter darauf ein, daß die für unsere Volksernährung ausschlaggebende Landwirtschaft durch ausreichende Zuführung von künstlichem Dünger in die Lage versetzt werden, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Zu dem Zweck muß die Stickstoffindustrie, die für

die Herstellung von künstlichem Dünger ausschlaggebend ist, in ausreichendem Maße mit Kohle beliefert werden.

Sobann erwähnte Nebner noch den vor einigen Tagen veröffentlichten Entwurf des Reichswirtschaftsministeriums, betreffend die Zusammensetzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats. Hier sei es notwendig, daß die Vertreter der Industrie Stellung nehmen und veranlassen, daß der Industrie im vorläufigen Reichswirtschaftsrat mehr Siege eingeräumt werden, als dies die Vorlage vorsieht. Die geringe Zahl von Vertretern, wie sie in der Vorlage vorgesehen sind, entspreche bei weitem nicht der Bedeutung der Industrie im gesamten deutschen Wirtschaftsleben.

Bei allen diesen Fragen sei ein Zusammenarbeiten von Arbeitgeber und Arbeitnehmer geboten, denn auf allen diesen Gebieten sind die Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die gleichen. Nur wenn dieser Gedanke richtig erfaßt und konsequent verfolgt werde, sei ein Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens zu vermeiden, und der Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens führe zu unabwehrbaren Konsequenzen für die Weltwirtschaft.

Nunmehr erhielt der Reichswirtschaftsminister Schmidt das Wort und ging in längerer Ausführungen auf die Rede des Herrn Direktor Kraemer ein. Der Minister führte aus, daß bei dem Mangel an geförderter Kohle eben an allen Stellen bei der Zuwendung von Kohle eingespart werden müsse; aber jede Stelle erkläre, sie dürfe nicht minder beliefert werden, da sie am allerwichtigsten für die deutsche Wirtschaft sei. Allen diesen Anforderungen gerecht zu werden, sei aber angesichts des Kohlenmangels unmöglich. Im Hinblick darauf sei es ein äußerst schwieriges Problem, die vorhandene Kohle so zu verteilen, wie es der Gesundung unseres Wirtschaftslebens am besten entspricht. Auf Grund der Tatsache, daß die Kohlenförderung im Zunehmen begriffen sei, könne erwartet werden, daß das uns zur Verfügung stehende Kohlenquantum bald wieder die Höhe der Friedensleistung erreiche, und damit werde die Voraussetzung erfüllt, die für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft notwendig. Bereits sei es gelungen, durch Aufstellung von Baracken die Möglichkeit zu schaffen, 30 000 Arbeiter dem Kohlenbergbau neu zuzuführen. In diesen Bemühungen werde fortgefahren, so daß wir durchaus hoffnungsfreudig in die Zukunft blicken können. Ueber den angeblich unerbittlichen Verbrauch von Kohle durch die Eisenbahn könne er keine Auskunft geben, hier sei wohl eine Prüfung notwendig. Die Bedeutung der Stickstoffabrikation für die Herstellung von Kunst- dünger werde im Reichswirtschaftsministerium sehr wohl gewürdigt und bementprechend gehandelt. Bezüglich der allgemeinen Weltlage erklärte der Minister, Deutschland dürfe sich nicht mit phantastischen Eroberungsplänen auf dem Weltmarkt beschäftigen, aber es müsse unser Bemühen sein, als Gleichberechtigte gegenüber anderen auf dem Weltmarkt zu gelten. Der natürliche Gegensatz zwischen

Kapital und Arbeit sei ja nicht zu beseitigen, aber in der gegenwärtigen Zeit, wo das Wohl der Gesamtheit auf dem Spiele steht, sei es notwendig, alle Kräfte anzupannern, um durch gemeinsame Arbeit Not und Sorgen zu beheben. Für diese gemeinsame Arbeit müßte eine Waffe gefunden werden. Hierzu erscheine ihm die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft sehr geeignet. Differenzen, die ja trotz aller Bemühungen unausschließbar sind, müssen noch Möglichkeit in friedlichem Ausgleich beseitigt werden, denn unser Wirtschaftsleben kann zurzeit keine Erschütterungen ertragen. Hier liegt ein großes Feld für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft, und könne er deshalb das Streben der Arbeitsgemeinschaft auf das lebhafteste unterstützen.

Nach dem Reichswirtschaftsminister sprach der Wiederaufbauminister Dr. Gehler, der auf den hohen Wert der Mitarbeit der Arbeitsgemeinschaft bei seiner Tätigkeit hinwies und in seinen weiteren Ausführungen erklärte, es könne keine Rede davon sein, daß beim Wiederaufbau Nordfrankreichs etwa Gewinne erzielt würden wie bei der Herstellung von Kriegsmaterial. Davon müßten sich alle Beteiligten frei machen, nur dann werde es möglich sein, die Frage des Wiederaufbaus in alleinständig zufriedenstellender Weise zu lösen. Auch er begrüße deshalb die Arbeitsgemeinschaft und ihre Bestrebungen auf das lebhafteste.

Nachdem sprach noch namens der Preussischen Regierung Minister Stegerwald sowie namens des Reichsarbeitsministeriums Ministerialdirektor Siebart in gleichem Sinne wie der Reichswirtschaftsminister.

Sobann wurden die Satzungen der Zentralarbeitsgemeinschaft beraten. Diese sind seinerzeit bereits im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht, und wurden dieselben nach ausführlicher und erschöpfender Begründung durch Herrn Dr. Hoff mit einer kleinen redaktionellen Änderung einstimmig angenommen. Den Wortlaut an dieser Stelle wiederzugeben erübrigt sich, da die Satzungen bereits, wie schon oben bemerkt, vor einiger Zeit im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht sind. Als neu muß der früheren Veröffentlichung noch hinzugefügt werden, daß entsprechend dem § 7 der Satzungen folgende Ausschüsse zufolge des Vorschlages des Herrn Dr. Hoff eingesetzt sind:

1. Ausschuss für Lohn- und Arbeitsbedingungen;
2. Ausschuss für sozialpolitische Gesetzgebung einschließlich Arbeiterversicherung;
3. Ausschuss für Wirtschaftspolitik;
4. Ausschuss für Rohstoffversorgung;
5. Ausschuss für Kohlen- und Verkehrsfragen;
6. Ausschuss für Steuerfragen;
7. Ausschuss für Durchführung des Friedensvertrages;
8. Ausschuss für die Angelegenheiten der Arbeitsgemeinschaft selbst; namentlich für die Satzungen.

Die Zusammensetzung der Ausschüsse ist in der Weise vorgesehen, daß jede Reichsarbeitsgemeinschaft einen Arbeitgeber und einen Arbeitnehmer ent-

## Förster Wolfram.

Eine Weihnachtserzählung von Ernst Preca ng.  
(Nachdr. verb.)

(Schluß.)

Neujahrsmorgen. Weiße Straßen im Dorf und weiße Dächer. Weiße Acker und Wiesen, weißer Wald. Friedlich alles und still und feierlich. Die Kirchenglocke hallt in ihrem gleichmäßigen Bim-Bam wie immer — ruhig und regelmäßig. Wolfram liegt mit wachen Augen im Bett und horcht. Eine Kutische knirscht auf dem gefrorenen Schnee vorbei.

„Die Gerichtskommission,“ sagt Diefse. Eine Formalität — der Förster weiß es. Weiß ihm wird nichts passieren. In ein paar Tagen wird man den Bäder beerdigen. Schlimm kommt für einige Monate hinter die Gitter. Und Herr von Blupow ist seine Wilberer los. Diefse!

Darum also, denkt Wolfram, habe ich einen Menschen getötet. Notwehr? Gewiß. Aber ich hab ihn zuerst verfolgt. Das war mein Amt, mein Recht, meine Pflicht. Wolfram muß an Diefse Worte denken: „Ach, Du Knecht, Du, Du, Du!“

Sein Blick wendet sich in die Stube. Sie kniet vor dem Ofen an der Erde und schürt das Feuer.

„Es ist ein elendes Ame!“ sagt er. Sie steht auf und nickt stumm. „Jetzt bin ich ein Mörder.“ „Nein.“ Sie schüttelt den Kopf. „So mußst Du es doch nicht ansehen, Franz. Es ist nicht meine Schuld, daß er nicht besser getroffen hat.“

„Er schloß blindlings los und ich auch.“

„Krieg,“ sagt Diefse.

„Es liegt mir schwer auf der Brust.“

„Ich glaub's.“

Draußen fährt ein Schlitten vor. Der Arzt kommt, sieht den Verwundeten und freut sich. Er schüttelt ihm die Hand: „Schau ja recht gut aus, Herr Förster!“ Er untersucht die Wunden von neuem, verbindet sie und meint dann: „Alles im Lot soweit. Aber im linken Knie bleibt möglicherweise eine gewisse Steifheit zurück. Die Sehne ist verlegt.“

„Auch recht!“

„Wie?“ Der Arzt blickt erstaunt.

Wolfram nickt an die Decke.

„Na,“ der Arzt reicht ihm die Hand, „das will alles erst verheilt sein.“ Er geht.

Wald darauf kommt Herr von Blupow. Fröhlich, sehr animiert. „Nun, mein lieber Wolfram, wie geht's? Frohes Neujahr zunächst! Bringe Ihnen da eine Flasche Rotwein. Er wird Ihnen schmecken.“ Er rückt sich einen Stuhl ans Bett. „Krent mich doch tollfall. Wolfram, daß Sie den Durstchen erlegt haben! Von dem Reh kriegen Sie eine Stelle.“

Wolfram nickt zur Decke und winkt ab. Dann würgt er ein paar Worte heraus: „Und das mit dem Weihnachtsbaum?“

Der Gutsherr versteht nicht gleich. Er blickt Diefse an, die am Türschwengel lehnt.

„Ach so.“ Er lacht laut. „Die Lappalie ist selbstverständlich abgetan. Oder meinen Sie wirklich, ich wäre wegen der Lumperei zum Gericht gelassen? Nein, ich habe ganz andere Absichten,

lieber Wolfram, ganz andere. Ich sehe diese Geschichte als eine Art Himmelsfügung an. Jawohl! Sie sind seinerzeit meinewegen — gewissermaßen! — um Ihre Braut gekommen. Nein, bitte, bleiben Sie hier, Frau Röchner. Alte Liebe wofst nicht, sagt man. Ober...?“ Er steht in einem zum anderen. Wolfram hat die Stirn in Falten gezogen. Diefse hat auch eine Furcht zwischen den Augen und stößt hervor: „Davon hat noch keiner ein Wort gesagt!“

Herr von Blupow lacht überlegen: „Das beweist gar nichts. Also ich mache Ihnen den Vorschlag: Sie heiraten sich und ziehen natürlich ins Försterhaus, schaffen sich eine Kuh oder zwei an, und ich gebe Ihnen, was an Land und Wiese dazu gehört. Ihr Gehalt bleibt daselbe, Wolfram. Natürlich, Frau Röchner, Ihren kleinen Hof hier können Sie dann nicht bewirtschaften. Ich kaufe ihn, lege Ihnen das Geld bar auf den Tisch.“

Wolfram hat die Augen geschlossen und atmet schwer. Diefse Brust wogt. Die Frau lehnt noch immer am Türschwengel. In ihrem Gesicht arbeitet es. Dann richtet sie sich straff auf: „Nein!“

Wolfram öffnet die Augen, sieht sie erschrocken an. Dann sagt er müde: „Sie mag mich nicht.“ In Diefse Gesicht schießt die Glut: „Davon davon red' ich nicht, Franz. Das war unsere Sache... die hätten wir erst auszumachen. Aber.“

Der Förster versteht sie nun. Er fragt: „Wenn ich wieder in Dienst bin, Herr von Blupow — ich müßt wieder hinter den Beerenjammern her und den armen alten Frauen, die sich ein wenig Gold zusammenklauben, nicht?“

„Ordnung muß sein, Wolfram,“ sagt der Gutsherr verwundert. „Wenn's sein muß —“

sendet, außerdem entsendet der Zentralverband einen Arbeitgeber und einen Arbeitnehmer als Vorsitzende. Bei der Verteilung der Vertretungen in den Ausschüssen wird auf Arbeitgeberseite eine angemessene Verteilung des Handwerks berücksichtigt werden. Nach kurzer, unwesentlicher Debatte wurde, wie schon oben bemerkt, mit einer kleinen redaktionellen Änderung der Vorschläge des Herrn Dr. Hoff zugestimmt, und gelten damit die Satzungen als beschlossene.

Nunmehr folgte die Debatte über die vorhergehenden Referate der Herren Kraemer und Legien. Es beteiligten sich daran insbesondere die Herren: Generaldirektor Wöglar (Montanindustrie), Bruns (chemische Industrie), Landrat v. Krummer (elektronische Industrie), Wöfler (Bergarbeiter), Dr. Frank (chemische Industrie), Sachse (Bergarbeiter), Fröhlich (Textilarbeiter).

Zwischen durch wurde ein Antrag angenommen, wonach die versammelten Vertreter der deutschen Industrie gegen die zu geringe Berücksichtigung der deutschen Industrie in der Vorlage des Reichswirtschaftsministeriums, betreffend den vorläufigen Reichswirtschaftsrat, Einspruch erheben.

Damit war die Tagesordnung der Konferenz erledigt. Am Schluß der Sitzung teilte der Vorsitzende Legien mit, daß im Laufe der Verhandlungen von allen Reichsarbeitsgemeinschaften die von diesen zu benennenden Zentralvorstands- und Zentralauschussmitglieder benannt sind. Auch die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben ihre Vertreter für Vorstand und Ausschuss ernannt, so daß damit Zentralvorstand und Zentralauschuss konstituiert sind. Die Namen der Mitglieder werden im nächsten Mitteilungsblatt der Zentralarbeitsgemeinschaft veröffentlicht.

Der Vorsitzende hob in seinen Schlussbemerkungen nochmals die hohe Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft hervor. Die gemeinsame Lösung allgemeiner Aufgaben, zu der sich die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zusammenschließen, habe nicht etwa die Eigenart jeder dieser Organisationen auf; im Gegenteil; die Arbeitgeberorganisationen wie auch die Arbeitnehmerorganisationen behalten ihre vollständige Selbstständigkeit, um die beiderseitigen, verschiednen gelagerten Interessen ihrer Auftraggeber wahrnehmen zu können. Wenn sich alle bemühen, die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft zu fördern, dann werden auch die großen Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften, trotz aller Schwierigkeiten, erfüllt werden können.

Damit schloß der Vorsitzende die erste Sitzung des Zentralauschusses.

## Aus unseren Zahlstellen.

**Cassel.** Die erste gemeinsame Aktion des Graphischen Kartells fand am Sonntag, den 28. Dezember 1919, statt. Die Tagesordnung lautete: „Protest gegen die Verhandlung des Betriebsrätegesetzes“. Nach Entgegennahme des Referats durch Herrn W. Kreis (Buchdrucker) und einer sehr

„Und,“ der Verwundete hat sich halb aufgerichtet und stützt sich auf einen Arm, „wenn's sein muß, muß ich wieder mal einen kochschen.“

Herr von Pluhow steht auf und zuckt die Achseln, zieht sich die Handschuhe an und meint: „Sie sind doch noch sehr krank, Wolfram. Wir sprechen später noch darüber.“

„Der Arzt sagt, mein linkes Bein bleibt vielleicht steif. Ein Förster, der hinkt.“

Der Gutsherr wird sehr aufmerksam: „Nein, allerdings. Ist das gewiß?“

„Vielleicht.“

„Also später.“ Er gibt Wolfram die Hand. „Hoffen wir das Beste. Ich würde Sie ungern verlieren.“

Diese blickt Wolfram an: „Es ist ein elendes Amt.“

„Wie?“ Herr von Pluhow wendet ihr die funkelnden Augen zu.

„Das Worden.“ Sie sieht ihm ruhig ins Gesicht.

Er lacht ärgerlich, zuckt die Achseln, nimmt seinen Hut und geht. Wolfram hat sich wieder ins Aßfen sinken lassen. Seine Augen sind offen, aber seine Gedanken weilen weit weg zu sein. Diese steht noch eine Weile auf demselben Fleck. Dann tut sie einen tiefen Atemzug und tritt ans Fenster. Draußen spielen die Kinder, hassen sich, werfen sich mit Schnee und jauchzen. Von dem niedrigen Strohdach hängen lange Eiszapfen herab. Sie funkeln in der Sonne. Und Feld und Wald glänzen und leuchten.

„Ich hab' Dir noch kein gutes neues Jahr gewünscht, Franz.“ Diese tritt zum Bett. Wolfram

regen Diskussion gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die im Graphischen Kartell vereinigten Verbände der graphischen Berufe protestieren einmütig gegen die von der Sozialen Kommission beschlossene Einfügung des § 35 a in das Betriebsrätegesetz. Dieser Paragraph stellt eine Ausnahmestimmung gegenüber den Buchdruckern und verwandten Berufen dar, die nicht scharf genug beurteilt werden kann. Wir richten an die Nationalversammlung den dringlichen Appell, die Einfügung dieses Paragraphen in das Gesetz abzulehnen. Die Pressefreiheit und das Reaktionsgeheimnis werden durch die Betriebsräte ebenso wenig gefährdet werden, wie das bisher der Fall gewesen ist. Die Arbeiterschaft der Betriebe mit politischen, wissenschaftlichen usw. Bestrebungen verlangt, daß das Betriebsrätegesetz für sie die gleichen Rechte bringt wie für die übrige Arbeiterschaft. Unerlässlich muß sie das Gesetz auf das Entschiedenste bekämpfen und sich, gestützt auf ihre Gewerkschaften, diese Rechte aus eigener Kraft im Wirtschaftsstampfung erringen.“

Diese Resolution wurde an die Nationalversammlung und an die sozialdemokratische Fraktion geschickt. — Wir erwarten von unsern Mitgliedern im neuen Jahre regen Besuch der Versammlungen, gilt es doch, zum ersten Male einem Reichstagsvoll zur Durchführung zu verhelfen.

**Frankfurt a. M.** Generalversammlung am 22. Dezember 1919. Bei Eröffnung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Kollegen Defer einen warm empfundenen Nachruf. Zur Ehre des Entschlafenen erhob sich die Versammlung von den Sätzen. Bei Punkt 1 der Tagesordnung: Geschäfts- und Jahresbericht wurden vom Vorstand Mitteilungen über die Entwicklung der Zahlstelle gemacht. Der Mitgliederbestand ist im verflossenen Jahre von 132 auf über 700 gestiegen. Vier Lohnbewegungen sind erfolgreich durchgeführt worden, auch wurde die jahrelang schwebende Ferienfrage günstig geregelt. Die Interessen der Zahlstelle machten 20 Vorstand- und sieben Vertrauensmännerversammlungen, sowie 17 Mitgliederversammlungen nötig. Durch die um ein Mehrfaches erhöhte Mitgliederzahl ist die Verwaltungsarbeit mächtig angewachsen. Kollege Gempin ist bezwungen vom Zentralvorstand ab 1. Januar 1920 mit der Wahrnehmung der Bureaugeschäfte im Hauptberufe betraut worden. Laut. Jahresbericht hatte die Hauptkassette der Zahlstelle eine Jahreseinnahme von 22.960,50 Mk., der eine Jahresausgabe von 12.805,72 Mk. entgegensteht. Nach Berlin wurden abgeführt 10.164,78 Mk. Die Lotalkasse hat nach Abzug der Unkosten einen Bestand von 1868,43 Mk. Bei Punkt Vorstandswahl wurden die Kollegen Kallb, Gempin und Kleemann als Vorsitzender, Kassierer und Schriftführer einstimmig wiedergewählt. Beisitzerinnen wurden die Kolleginnen Fröhlich und Schädel, Revisoren die Kollegen Seibel und Dürrer, Delegierte zum Gewerkschaftskartell die Kollegen Pauls und Schaf sowie Frau Kuntel. Diese wird auch die Zahlstelle beim Graphischen Bund ver-

hält ihre Hand fest: „Es liegt an Dir, ob's gut sein wird.“

„Ich weiß nicht. . . . . Daß ich Dir damals fortgelaufen bin, ich begreiß' heut' nicht. Jetzt bin ich 'ne alte Frau.“

„Dreißig.“ Er lacht.

„Gleichviel. Hab' Ecken und Kanten gekriegt, Franz.“

„Ich auch. Das nimmt sich nichts.“

„Und dann — da sind zwei Kinder.“

„Ich werd' sie nicht fressen. . . . . Hör zu, Liese.“ Er richtet sich wieder halb auf. „Zurück in den Dienst geh' ich nicht. Tu noch der Mensch was, wenn er leben will. Dein Hof ist, Du weicht es, heruntergewirtschaftet. Deine Alten — waren alt. Frischkräftig bist Du. Schaffen wirst. Aber Du schaffst Dich tot allein. Und schaffst es doch nicht. Es braucht etwas Geld. Ich hab' ein paar Taler auf der Sparkasse. Die sollen hier herein, wenn Du willst. Ein Knecht müßte auch da sein. Ich biet' mich an.“

Diese will etwas sagen, aber sie bringt kein Wort heraus. Sie lächelt, und über ihre bageren Wangen laufen die Tränen.

„Ein Knecht, der hinkt.“ Sie schüttelt den Kopf und arbeitet, halbweinend und halblachend, an den Worten. „Ich kann ihn nicht brauchen.“

Wolfram zieht ihren Kopf zu sich nieder und läßt sie. „Die Brache machen wir urbar, Liebste. Und das Wordhaus muß herunter, hörst'?“

Sie nickt glückselig und umschlingt ihn mit beiden Armen.

„Neujahr!“ sagt er, „Neujahr, Liese!“

treten. Für den Vantag am 18. Januar wurde die Kollegin Schädel gewählt. Einen vom Kollegen Seibel näher begründeten Antrag, lebhaft unterstützt vom Kollegen Baumann, auf Wahl eines zweiten Vorsitzenden lehnte die Generalversammlung ab und bestätigte hierauf die bisher gezahlten Remunerationen auch für das Jahr 1920. Wie der Vorstand mitteilte, sind die mit der Frankfurter Prinzipalsvereinigung geschlossenen Verhandlungen wegen Zahlung einer Wirtschaftshilfe ergebnislos verlaufen. Die Prinzipale erklärten, daß den meisten Betrieben die Zahlung einer solchen Wirtschaftshilfe aus Mangel an Mitteln einfach unmöglich sei. Erfreulicheres konnte der Vorsitzende, Kollege Kallb, über die Reichstagsverhandlungen und die neuen Teuerungszulagen berichten, die ab 15. Dezember 1919 zur Auszahlung kommen. Dieselben sollen betragen für verheiratete Männer oder ledige über 24 Jahre von 21,25 Mk. bis 23,80 Mk., für ledige unter 24 Jahren von 18,75 Mk. bis 21,— Mk. Anlegerinnen erhalten von 13,75 Mk. bis 15,40 Mk. und Hilfsarbeiterinnen von 12,60 Mk. bis 14,— Mk. Wie der Vorsitzende weiter mitteilte, besteht zwischen der Bekanntmachung des Zentralvorstandes und der in Händen der hiesigen Prinzipalsvereinigung befindlichen ein Widerspruch. Die nötigen Schritte zwecks Aufklärung sind bereits unternommen worden. Der Vorstand wird demnächst über das Resultat berichten. Für das Steindruckhilfspersonal sind ebenfalls Forderungen wegen Bewilligung einer neuen Teuerungszulage gestellt worden.

**Karlsruhe i. B.** Wenn wir am Schluß unseres Berichtes in Nr. 30 der „Solidarität“ erwähnten, daß auch im Steindruck für männliche Hilfsarbeiter Bestrebungen zur Verbesserung ihrer Lage im Gange wären, so können wir heute ergänzend berichten, daß diese Bestrebungen insofern von Erfolg gekrönt wurden, daß seit Oktober an männliche Steindruckhilfsarbeiter wöchentliche Zulagen bezahlt werden in Höhe von 12,— bis 15,— Mk. In der Papierwarenfabrik Braun u. Co., wo eine stattliche Zahl unserer Mitglieder beschäftigt ist, wurde durch gemeinsames Vorgehen unserer Verbandsleitung mit dem Buchbinderverband ein weiterer schöner Erfolg erzielt. Es werden nämlich von Mitte Dezember ab an sämtliche Kollegen und Kolleginnen neue Zulagen bezahlt in Höhe von 3,— bis 16,— Mark pro Woche. Außerdem werden in diesem Betriebe den männlichen Hilfsarbeitern bei einjähriger und den weiblichen Hilfsarbeitern bei zweijähriger Geschäftszugehörigkeit die Feiertage künftig bezahlt werden. Die Verhandlungen mit den übrigen Steindruckbetrieben sind eingeleitet. Im Buchdruck gelangten die bei dem mehrheitssozialdemokratischen „Vollstreuer“ und bei der Firma Wolff u. Sohn beschäftigten Kollegen und Kolleginnen in den Genuß einer einmaligen Beschäftigungszulage in Höhe von 100,— bis 250,— Mk. Da nun das für die Gewerkschaften im allgemeinen und für unsern Verband im besonderen so fruchtbare Jahr 1919 zur Neige geht, soll nicht vergessen werden, hier am Orte zwei Kollegen zu erwähnen, welche es verstanden haben, aus den kleinen Mitgliederkreisen, die sich während der Kriegsjahre halten konnten, im Laufe des Jahres die zweitgrößte Zahlstelle des Gaues zu machen. Es sind dies der erste Vorsitzende Kollege Adolf Rieger und der langjährige Kassierer Robert Laible. Zum neuen Jahre entbieten wir allen Kollegen- und Kolleginnen die besten Glückwünsche.

**Weimar.** Am 15. September nahm die Zahlstelle Stellung zu einer neuen Teuerungszulage, welche ab 1. Oktober 1919 gezahlt werden sollte und trat deshalb mit den Arbeitgebern in Verbindung. Auf unsere Anfrage, ob sie mit uns in Verhandlungen eintreten wollten, erklärten sie, daß sie die Angelegenheit ihrem Bezirksvorsitzenden nach Jena weiter gegeben hätten; wir müßten uns an diesen wenden. Der Vorkandidat befriedigte eine darauf folgende Versammlung nicht, es wurde eine Kommission gewählt, die noch einmal mit den Arbeitgebern in Verhandlungen treten sollte. Am 3. Oktober war diese Verhandlung. Aber noch vor Beginn der Sitzung stellten die Unternehmer den Antrag, daß sie mit unserm Vorsitzenden, Kollegen Tittmann, der Mitglied der Lohnkommission war, nicht verhandeln wollten und gaben zum Ausdruck, daß der Vorsitzende nur der treibende Keil wäre, welcher die Kollegen zur Organisation zwingt, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. (Kollege Tittmann betrachtet diese seine Tätigkeit als eine ehrenvolle Aufgabe. Er übt ja sein Amt auch nicht aus, um den Unternehmern Gefälligkeiten zu erweisen. Er wird sich durch nichts beirren lassen, in der Zukunft für die Interessen seiner Kollegen und Kolleginnen so einzutreten, wie er es für nötig und recht befindet. Die Freunde aber der Verger der Prinzipale darüber ist ihm durchaus gleichgültig und kann auf seine Arbeiten für die

Organisation keinen Einfluß haben.) Die Verhandlungen kamen wegen der Weigerung der Prinzipale zum Scheitern. Der Vorsitzende wurde beauftragt, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Von uns wurden dort in einer Sitzung am 10. Oktober folgende Forderungen eingebracht: Die Hilfsarbeiter erhalten ab 1. Oktober eine wöchentliche Teuerungszulage von 10.— M., die weiblichen über 18 Jahre 8.— M., unter 18 Jahren 6.— M. Die Arbeitgeber wollten für männliche Hilfsarbeiter 6.— M., für weibliche über 18 Jahre 4.— M., unter 18 Jahren 2.— M. zahlen. Nach Verhandlung folgte der Schlichtungsausschuß folgenden Schiedspruch: Es erhalten männliche Hilfsarbeiter 8.— M., weibliche über 18 Jahre 6.— M., unter 18 Jahren 4.— M. ab 1. Oktober. Den Schiedspruch lehnten die Arbeitgeber ab. Eine darauf einberufene Versammlung nahm Stellung dazu und war empört über die ablehnende Haltung der Arbeitgeber. Der Vorsitzende und Kollege Knoblauch wurden beauftragt, beim Demobilisierungskommissar vorstellig zu werden, damit der Schiedspruch für verbindlich erklärt wird. Am 27. Oktober fand eine Verhandlung bei dem Demobilisierungskommissar mit den Arbeitgebern statt. Der Schiedspruch vom 10. Oktober wurde unter folgenden Klausel für verbindlich erklärt: Die Teuerungszulage ist ab 1. Oktober nachzuzahlen, vor dem 31. März 1920 dürfen keine neuen Forderungen gestellt werden. Aber durch Einführung des Reichstaxtarifs fällt dieses Abkommen weg. Die Arbeitgeber gaben das Versprechen ab, diese Teuerungszulagen zu zahlen.

Anmerkung der Redaktion: Ein in Nr. 30 der „Solidarität“ veröffentlichtes Tarifabkommen für Weimar ist irrtümlich in die Zeitung gelangt. Es handelt sich da um eine Vorlage, die jetzt durch den Reichstaxtarif überholt ist. Ein Ortstarif ist für Weimar nicht zustande gekommen.

## Rundschau.

**Entscheidung der Zentralarbeitsgemeinschaft zur Lebensmittelteuerung.** Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat, wie wir erfahren, folgende Entscheidung gefaßt:

Die Reichsregierung hat sich, um die Ernährungswirtschaft aufrechtzuerhalten, in Uebereinstimmung mit dem 6. Ausschuß der Nationalversammlung genötigt gesehen, den Landwirten Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Kartoffeln in dem durch die Verordnung vom 18. Dezember 1919 vorgesehenen Umfang zu gewähren.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands erkennt an, daß die hierdurch hervorgerufene Teuerung dieser wichtigen Nahrungsmittel von den Arbeitern und Angestellten nicht getragen werden kann. Sie hält es deshalb für dringend notwendig, daß dieser ziffernmäßig festzustellende Ausgleich von den Arbeitgebern ab 1. Januar 1920 getragen wird.

Diese Feststellungen sind ohne Verzug von den beiderseitigen Organisationen regional einheitlich zu treffen. Da es sich um eine Verteuerung der unentbehrlichsten Nahrungsmittel handelt, trifft diese den Ernährer einer Familie stärker als den Alleinlebenden. Die außerordentliche Zulage soll darauf nach der Kopfzahl der vom Arbeitnehmer zu verpflegenden, nicht selbst erwerbstätigen Familienangehörigen bemessen werden; sie soll jedem Arbeitnehmer — unabhängig von den Tarifverträgen — die Möglichkeit verschaffen, den durch die neue Verordnung hervorgerufenen Mehraufwand zu bestreiten.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer stimmen darin überein, daß durch die Übernahme dieser Teuerungszulagen der Industrie neue Milliardenlasten aufgebürdet werden. Erhöhte Produktionskosten können aber nur durch erhöhte Produktion ausgeglichen werden; soll eine weitere Steigerung der Preise aller Fertigfabrikate in Deutschland verhindert werden, muß jeder Schaffende seine Pflicht bis aufs Letzte erfüllen!

**Steuerfragen.** Abzug vom Lohn. Nach dem Reichseinkommensteuergesetz haben die Arbeitgeber für die von ihnen gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) die Einkommensteuer in der Weise zu entrichten, daß bei der Zahlung der Löhne, Gehälter usw. zehn Prozent auf die von dem Arbeitnehmer zu zahlende Einkommensteuer in Abzug gebracht werden. Der Arbeitgeber hat in die Steuerkarte des Arbeitnehmers Marken in entsprechender Höhe einzulassen und zu entwerfen, durch die sich der Steuerpflichtige über die erfolgte Zahlung ausweist.

**Der Buchbinderverband** hat mit mehr als 75 000 Mitgliedern den höchsten Stand in der Vorkriegszeit um mehr als das Doppelte übertroffen und immer noch wächst die Zahl seiner Mitglieder. Von 74 108 Organisierten im November 1919 wurden 51 673 weibliche Mitglieder gezählt. Die „Buchbinder-Zeitung“ bemerkt zu dem Ergebnis der Organisationsarbeit des vergangenen Jahres: „Dieser anhaltende Drang zur Organisation ist ein der wenigen erfreulichen Momente, die die trübe Gegenwart zeitigt, er ist einer der Lichtblicke, der die Hoffnung auf baldigen Sonnenschein in unserm Wirtschaftsleben immer wieder neu aufblühen läßt.“

**Der Internationale Gewerkschaftsbund** hat an die russische Regierung in Moskau folgendes Schreiben gerichtet:

Werte Genossen! Wie Ihnen vielleicht bekannt ist, hat der internationale Gewerkschaftsbund, der vom 28. Juli bis 4. August in Amsterdam stattfand, sich in sehr energischer Weise gegen die Blockade Russlands durch die Regierungen der sogenannten alliierten Länder ausgesprochen; außerdem hat er den Vorstand der neuen gewerkschaftlichen Internationalen beauftragt, sich so schnell wie möglich in Verbindung zu setzen mit den Genossen derjenigen Länder, die früher Teile des alten russischen Kaiserreichs gewesen sind, um möglichst genaue Auskunft über die Lage und Tätigkeit der russischen Gewerkschaftsbewegung zu erhalten, damit er auf Grund dieser Auskunft über die Mittel beschließen kann, die durch uns anzuwenden sind, um die russische Gewerkschaftsbewegung so energisch wie möglich zu unterstützen.

Zu Uebereinstimmung mit diesem Auftrage, der uns erteilt wurde, habe ich die Ehre, mich an Sie zu wenden, um Sie inständig zu bitten, in möglichst kurzer Zeit alle geeigneten Mitteilungen über den Aufbau, die Entwicklung und die Kämpfe der russischen Gewerkschaften, ebenfalls über die durch die Kämpfe erzielten Erfolge an unser Bureau einzusenden. Ich habe das Vertrauen, daß Sie meinem Ersuchen entsprechen werden und daß auf diese Weise der erste Schritt zu einem internationalen Zusammenarbeiten der russischen Arbeiter mit ihren Genossen der anderen Länder geschieht.

Unsererseits verspreche ich im Namen der 18 Millionen Arbeiter, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, die wirksamste moralische und materielle Hilfe, falls sie nötig ist und wenn die Umstände uns erlauben, sie zu leisten: Freundsliche Grüße.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes. E. Finmen, Sekretär.

Ein vernünftiges Urteil fällt am 18. Dezember das Gewerbegericht in Mülheim (Ruhr) in einer Klage des Arbeiters Mödner gegen die Firma Schmitz-Scholl. Der Klage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Kläger war bei den letzten Lohnerbhöhungen (laut Tarifabschluß) nicht berücksichtigt worden. Die beklagte Firma machte geltend, sie habe die Tarife mit dem Transportarbeiter-Verband abgeschlossen und gelte der Tarif nach Verständigung mit dem Transportarbeiterverband nur für organisierte Arbeiter. Da Mödner nicht organisiert sei, so kämen für ihn die durch den Tarifabschluß bedingten Löhne nicht in Betracht. Das Gewerbegericht schloß sich den Ansichten der Firma an und wies den Kläger ab.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus ist ein solches Urteil, das bekanntlich schon Vorgänger hat, nur zu begrüßen. Wer es in der heutigen Zeit nicht für nötig hält, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen, hat auch kein Recht, die Vorteile, die die Organisation erkämpft, zu beanspruchen.

Tarife sind nur durchzuführen, wenn die Arbeiterklasse eines Berufes geschlossen hinter der Organisation steht. Wer das nicht tut, ist ein Schädling der Arbeiter und kann als solcher keinen Tariflohn verlangen. Tariflöhne dürften eigentlich nur für Mitglieder der vertragschließenden Organisationen Gültigkeit haben.

zu wünschen wäre nur, daß alle Gewerbegerichte, die über solche Fälle wie den vorliegenden zu urteilen haben, den Standpunkt des Mülheimer Gewerbegerichts vertreten.

Eine empfindliche Strafe für Tarifgegner verhängte das Gewerbegericht in Düsseldorf in einem Urteil gegen die Mitglieder des Allgemeinen Arbeiterverbandes, die auf Nachzahlung der ab 1. August 1919 durch Tarifvertrag festgelegten Erhöhung der Stundenlöhne für Metallarbeiter geklagt hatten. Das Gewerbegericht wies die Klage ab und führte in der Begründung aus, daß der Allgemeine Arbeiterverband kein Anrecht auf diese tariflichen Löhne habe, weil er in seinen Satzungen den Mitgliedern die „Bekämpfung jeglicher Tarifverträge“ zur Pflicht mache. Eine Organisation, die nicht an der jahrelangen opferreichen Arbeit

auf tariflichem Gebiete Zeit habe, könne auch nicht auf die Vergünstigungen eines Tarifvertrages Anspruch erheben. Das Urteil des Gewerbegerichts in Düsseldorf ist durchaus gerecht. Von den Gegnern der Tarifverträge wird festgesetzt überhaupt, daß keine wirtschaftliche Vorteile, die aus der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern herausfließen, für die Arbeiterklasse einen Wert haben, sie lehnen daher jede Gemeinschaft mit den Anhängern des Tarifgegens ab, bezichtigen sie als Verräter an der Arbeiterklasse, die sich dem Kapital verkaufen. Das hindert die Kämpfer gegen Tarif und Arbeitsgemeinschaft natürlich nicht, die Früchte der Arbeit dieser „Verräter“ ebenfalls zu beanspruchen, denn der Weg bis zum Erfolg ist weit und niemand will gern hungern. Nach dem Spruch aus Düsseldorf werden sie sich allerdings, wenn sie etwas haben wollen, auch zur Mitarbeit bequemen müssen.

## Eingegangene Druckschriften.

„Das Rätesystem.“ Zwei Vorträge zur Einführung in den Rätegedanken von Hugo Einshelmer, Mitglied der Nationalversammlung, 48 Seiten, Buchausgabe 1,50 M., Vereinsausgabe 70 Pf. Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Abt. Buchhandlung.

Die „Frankfurter „Vollstimme“ bespricht das Buchlein wie folgt:

Dieses Schriftchen, dessen Anschaffung allen Genossen zu empfehlen ist, enthält die Rede, die Genosse Einshelmer am 12. Juni 1919 auf dem Parteitag in Weimar gehalten hat und die von ihm über die praktische Ausgestaltung des Rätegedankens auf der Versammlung der Arbeiterräte und Funktionäre in Berlin am 10. Oktober gemachten Ausführungen; ferner die Bestimmungen der Reichsverfassung über die Eingliederung der Räte in die Verfassung, die Beschlüsse des Weimarer Parteitages zur Rätefrage und die Vorschläge Cohen's (Kalistis) zum Aufbau des Rätesystems. Der Verfasser sagt in einer Einleitung zu seiner Schrift, daß er vielfachen Wünschen gefolgt sei, weiteren Kreisen der Öffentlichkeit eine klare Darstellung des Wesens und der Bedeutung des Rätegedankens zu vermitteln. Die Arbeiterklasse muß sich bewußt bleiben, daß nicht ein impulsives Wollen sie vorwärtsbringen kann, sondern nur die klare Einsicht in den gesellschaftlichen Zusammenhang der Dinge. Verachtet die Theorie nicht! Sie ist der Quell aller wirksamen Praxis.“ Das ist die Grundnote, auf die diese Schrift gestimmt ist, deren Studium für viele Leser nicht nur des Inhalts, sondern auch der klaren schönen Form wegen einen Genuß bedeuten wird.

Band 1 der „Bücherei der Fürst Leopold- Akademie für Verwaltungswissenschaften in Detmold“ (herausgegeben von Studiendirektor Prof. Dr. Kastner): „Grundriß der Berufslehre und Berufsbildung“ von Prof. Dr. W. Chajes, Arzt in Berlin-Schöneberg und Dozent an der Technischen Hochschule Berlin, 273 Seiten, Preis brosch. 12,50 M., gebunden 15.— M. Meyerische Hofbuchhandlung, Detmold.

## Abrechenstafel.

Enger. Vorsitzende: Ottilie Säger, Mellerstraße 164. — Kassiererin: Emma Siebelmann, Bachstr. 38.

Freiburg i. Br. Vorsitzender: Josef Stiefel, Mägelenstr. 31 I. — Kassierer: Karl Schmidt, Sternwaldr. 28 IV.

Hagen i. W. Vorsitzender: Karl Sellmig, Rabenerstr. 80. — Kassierer: Heinz Kramer, Berichstr. 12.

## Neue Zahlstellen:

Gradenhain i. S. Vorsitzender und Kassierer: Bruno Haag, Weiskerstr. 68.

Speier a. Rh. Vorsitzende und Kassiererin: Dorette Traut, Lindenstr. 72.

## Kader!

Am 1. Dezember entschlief sanft unser

Mitglied

Marie Gange.

Ghre ihrem Andenken!

Die Buchhändler-Werks.